

19/SN-252/ME
Himmelpfortgasse 4-8
Postfach 2
A-1015 Wien
Telefon 51 433 / DW
1816

BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

GZ. 31 1042/2-II/7/89 (25)

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz
geändert wird (16. Novelle zum GSVG);
Begutachtung

Zur Note d. BMAS vom 28. September 1989,
Zl. 20.619/2-2/1989

Sachbearbeiter:

Rätin Dr. Gotthalmseder

An den
Präsidenten des Nationalrates
Parlament
1010 W i e n

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	76 .GE'9
Datum:	2. NOV. 1989
Verteilt:	10. Nov. 1989

St. J. Kappe
Sofort

Im Sinne der Entschliebung des Nationalrates betr. die Begutachtung des an die vorberatenden Körperschaften und Zentralstellen versendeten Gesetzesentwurfes beehrt sich das Bundesministerium für Finanzen, in der Anlage seine Stellungnahme zu dem vom BMAS erstellten und mit Note vom 28. September 1989, Zl. 20.619/2-2/89 versendeten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz (16. Novelle zum GSVG) geändert wird, in 25-facher Ausfertigung zu übermitteln.

Anlagen

25 Kopien

30. Oktober 1989

Für den Bundesminister:

Dr. Schlusche

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Handwritten signature

BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

GZ. 31 1042/2-II/7/89

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz
geändert wird (16. Novelle zum GSVG);
Begutachtung
Z.Z. vom 28. September 1989,
Zl. 20.619/2-2/1989

Himmelpfortgasse 4 - 8
Postfach 2
A-1015 Wien
Telefon 51 433 / DW
1816

Sachbearbeiter:
Rätin Dr. Gotthalseder

An das
Bundesministerium für
Arbeit und Soziales

W i e n

Zu dem mit Note vom 28. September 1989, Zl. 20.619/2-2/1989 versendeten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz geändert wird (16. Novelle zum GSVG) nimmt das Bundesministerium für Finanzen wie folgt Stellung:

1. Zu den Punkten I, Z 10, Z 19 wird auf die ho. Stellungnahme zum gleichzeitig versendeten Entwurf einer 48. Novelle zum ASVG hingewiesen.

2. Zu Art. I Z 21 lit. d:

Verbesserung bei der Ermittlung des fiktiven Ausgedinges

Die im Abs. 8 des § 149 vorgesehene Regelung erscheint ha. als zu weit gehend und überläßt den Betroffenen zu viel Gestaltungsspielraum.

3. Zu Art. III:

Die Begründung in den Erläuternden Bemerkungen erscheint ha. nicht überzeugend. Mit Ende September 1989 waren bereits 74 % der Hauptfeststellungen bescheidmäßig erledigt; es ist daher zu erwarten, daß die Hauptfeststellung bis Jahresende weitgehend abgeschlossen sein wird. Nach ha. Auffassung sollte das Ergebnis der Hauptfeststellung zum 1. Jänner 1988 bereits zum 1. Jänner 1990 im Bereich des Sozialversicherungsrechtes Geltung haben.

25 Ausfertigungen der ho. Stellungnahme wurden dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

30. Oktober 1989

Für den Bundesminister:

Dr. Schlusche

F.d.R. d.A.:


Telex 111688 — Telefax 512 78 69